Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Sendewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, beide in Halle. — Redaktion: Halle, Gr. Brandberstr. 17. Fernsprecher Nr. 5407. Sprechstunde nur Dienstag und Freitag vormittag von 11½—12½ Uhr. Redaktionsschluß vormittags 10 Uhr. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postämtern vierteljährlich 2.70 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. Anzeigengebühr: Die Tagespalteile Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig. Im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Post- und Expedition: Halle a. S., Große Ulrichstraße 27. — Fernsprecher Nr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 64. **Halle, Freitag, den 21. März 1919.** **3. Jahrgang.**

Das Schlachtfeld.

Die parlamentarischen Auseinandersetzungen über den letzten Bürgerkrieg sind abgeschlossen, erhebend waren sie für keine der beiden Seiten. Die Unabhängigen wurden furchtbar abgestraft, alle Welt muß sich von dieser Art von Menschlichkeit abwenden, die über alle Taten eines räuberischen Mordgesindels den Mantel der Nächstenliebe breitet, die eigenen Genossen von gestern aber blutiger Verbrechen am Volke zeiht, weil sie dem Rauben und Morden nicht tatenlos zusahen.

Unter Menschen, die noch den

Mut zur Ehrlichkeit

haben, kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß die Regierung verpflichtet war, gegen die Aufruhrbewegung des Berliner Lumpenproletariats mit allen Mitteln einzuschreiten, die ihr zur Verfügung standen. Eine andere Frage aber ist es, ob sich diese Mittel als tadellos brauchbar erwiesen haben. Der Erfolg spricht freilich für sie, die Ordnung ist wieder hergestellt, das tumultuierende Verbrechertum zur Raison gebracht. Auf dem Wege zu diesem Ziel geschah aber manches,

was nicht hätte geschehen dürfen,

es gab übereilte Entschlüsse, überflüssige Härten und schlimme Ausschreitungen einzelner.

Es ist die Tragik der Arbeiterbewegung, daß sie, zur Macht gelangt, sich keine Wehrmacht in ihrem eigenen Geiste schaffen konnte, weil dieser Geist selbst verstört und zerrissen war. Eine aus

sozialdemokratischen Arbeitern gebildete Volkswehr

wäre an sich die ideale Formation für die gegenwärtige Zeit. Die Verwirklichung scheitert aber an dem Umstande, daß überall in die Arbeiterbewegung Keime der Zersetzung hineingetragen wurden, die auf die Arbeiterarmee übertragen werden müßten. So war auch die republikanische Soldatenwehr Berlins das kranke Kind einer kranken Mutter. Vom ersten Tage an wühlten in ihr die Rivalitäten der Richtungen, ging der Verschwörergeist um, der schließlich einen Teil der Truppe zur offenen Meuterei verführte. Solche Vorkommnisse erklären sich nur aus der tiefeingerissenen Verwirrung aller Begriffe, wer Soldat sein will, darf nicht der Parole einer Parteileitung folgen, sondern er muß dem Staatsganzen dienen, und das kann er nur, indem er der Regierung Gehorsam leistet.

Die Unmöglichkeit, aus der Arbeiterbewegung heraus eine im Geiste einheitliche Armee zu schaffen, führte zur Notwendigkeit der freiwilligen Truppen, die von Offizieren der alten Armee angeworben und beseligt wurden. So gerät die Militärdiktatur aus der Scylla in die Charybdis. Um der spartakistischen Gefahr zu entgehen, muß sie die Alt-Preußisch-militaristische mit in Kauf nehmen. Es ist leider nicht zu bezweifeln, daß verschiedene Offiziere und Mannschaften in einem Geiste gehandelt haben,

der nicht, der Geist der Regierung ist,

nicht der gerechte und humane Geist, den wir regieren zu sehen wünschen.

Wie nach der Spartakuswoche des Januar eine ganze Anzahl von Offizieren wegen gröblicher Überschreitung ihrer Befugnisse verhaftet werden mußten, so wird auch jetzt nach der Niederwerfung des neuesten Aufruhrs eine sehr scharfe Untersuchung gegen manche Mitglieder der Regierungstruppen notwendig sein. Darüber hinaus wird es notwendig sein, nicht nur einzelne zu bestrafen, sondern die Wiederholung solcher Vorkommnisse durch Ausscheidung aller ungeeignet erscheinenden Elemente zu verhüten. Die Ehre der Regierung darf nicht beschmutzt, ihre ganze Politik nicht verdorben werden durch militärische Ausschreitungen.

So streng man aber über diese Dinge urteilen mag und muß, so sind die Unabhängigen wahrlich die letzten dazu, über Sünden, die auf der andern Seite begangen wurden, den Stab zu brechen. Sie mögen lieber vor ihrer eigenen Türe kehren. Wir geben Fehler ruhig zu und konzentrieren unsere ganze Kraft darauf, sie abzustellen. Die Unabhängigen aber nehmen Meuterer und Plünderer, Diebe und Mörder in Schutz, um desto kräftiger

gegen die Regierung, die Sozialdemokraten in der Regierung loshacken

zu können. Das ist ein Schauspiel, das auf alle anständigen und rechtschaffenen Arbeiter im ganzen Reiche im höchsten Grade anwidernd wirken muß. Es ist abscheulich, zu sehen, wie sich da ein toll gewordener Fanatismus in Beschimpfungen und Beschuldigungen ungeheuerlichster Art förmlich bricht, und der gesunde Instinkt sagt Jedem, daß das nicht das Benehmen von Leuten ist, die ein gutes Gewissen haben.

Wenn dem deutschen Volke die Last der Niederlage noch schwerer wird, als sie ohnehin sein müßte, wenn zu Leichen und Trümmern des Völkerkriegs Leichen und Trümmer des Bürgerkriegs gehäuft werden, so trägt die unselige Zersplitterung der deutschen Arbeiterbewegung die Schuld daran. Wer den Brudermord nicht will, muß die Einheit wollen, die nur unter den alten Fahnen der Partei zu finden ist.

Der Kampf um die Reichsverfassung.

Weimar, 20. März. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung kam gestern zur Abstimmung über den Artikel 15, welcher über die eventuellen territorialen Verschiebungen im Reiche bestimmt. Nach einer längeren erregten Debatte wurde trotz des heftigen Einspruchs der Vertreter der Gliedstaaten insbesondere des bayerischen Gesandten v. Preger der Antrag Meerfeld angenommen, welcher den Artikel 15 folgendermaßen faßt: Die Gliederung des Reiches in Länder soll im Sinne der wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistung unter möglichster Berücksichtigung des Willens der beteiligten Völker erfolgen. Die Neubildung von Ländern oder die Aenderung des Gebietes durch Vereinigung oder Abtrennung von Gebieten kann durch Reichsgesetz erfolgen, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird, oder ein überwiegendes allgemeines Interesse sie erheischt. Der Wille der Bevölkerung ist durch die Abstimmung der wahlberechtigten Einwohner festzustellen, die auf Antrag eines Viertels der Stimmberechtigten, oder der politischen oder kommunalen Vertretung eines Viertels der beteiligten Bevölkerung durch die Reichsregierung anzuordnen ist. Entstehen bei der Vereinigung oder Abtrennung Streitigkeiten über die Vermögensauseinandersetzung, so entscheidet hierüber auf Antrag einer Partei der Staatsgerichtshof.

Dieser Antrag wurde mit 16 Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und des Demokraten Helle angenommen. Außerdem wurde in einer Resolution die Reichsregierung ersucht, zur Vorbereitung der Reichsvermittlung im Reichsamt des Innern unter Hinzuziehung der Vertreter der Einzelstaaten eine Zentralstelle einzurichten. Der Antrag Naumann auf sofortigen Anschluß Deutsch-Oesterreichs gelangt erst am Freitag zur Beratung.

Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung nahm im weiteren Verlauf seiner Beratungen Artikel 16 an, wonach für jeden Einzelstaat eine freistaatliche Landesverfassung gefordert wird, nach der die Volksvertretung in allgemeiner, gleicher unmittelbarer und geheimer Wahl von Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt wird und nach der die Landesregierung des Vertrauens der Volksvertretung bedarf. Anregungen des Demokraten Koch-Kassel, die Bestimmung über Grundsätze der Verhältniswahlen auszusetzen, und des Sozialdemokraten Quarck, auch die Gemeindewahlen und das Wahlalter von 20 Jahren in den Artikel aufzunehmen, fanden keine Mehrheit. Nur die eine Aenderung wurde angenommen, daß die Wähler Reichsdeutsche sein müssen. Auch Artikel 17 betreffend Entscheidung von Verfassungsstreitigkeiten innerhalb eines Einzelstaats, sowie über Streitigkeiten nicht privatrechtlicher Art zwischen verschiedenen Einzelstaaten oder zwischen dem Reich und einem Einzelstaat durch den Staatsgerichtshof wurde unverändert angenommen und hierauf die Beratung auf Freitag vormittag vertagt

Die Hamburger Seeleute verweigern die Ausfahrt!

Hamburg, 19. März. Ein folgenschwerer Beschluß wurde, wie der Hamburger Korrespondent mitteilt, heute mittag in der Vollversammlung der Seeleute aller Chargen gefaßt. Es handelt sich um die Auslieferung unserer Handelsflotte. Bekanntlich hat die Entente in dem Waffenstillstandsvertrage gefordert, daß die deutschen Seeleute nach Ueberführung unserer Flotte in feindlichen Bestimmungshäfen abgemustert werden sollen. Nach zweieinhalbstündigen Verhandlungen faßten die im Zirkus Busch versammelten Seeleute folgende Entschließung:

„Die heutige Vollversammlung der Seeleute aller Chargen verweigert die von der Entente geforderte Auslieferung der deutschen Flotte und macht es allen deutschen Seeleuten und Arbeitern zur Pflicht, die Arbeit auf deutschen Schiffen zu verweigern.“

Keine Selbstmordpolitik!

Berlin, 20. März 1919. Der Vorwärts meldet in einem Privattelegramm aus Hamburg: Zu dem Beschluß der Seemannsversammlung wird dem „Hamburger Echo“ mitgeteilt, daß die vom Seemannsbund einberufene Versammlung nicht ausschließlich von Seeleuten, sondern auch von Arbeitslosen anderer Berufe besucht war. Ebenso war das Ergebnis der Abstimmung zweifelhaft. Unter den an Bord der Schiffe beschäftigten Kameraden herrscht [illegible] eine starke Strömung gegen einen solchen Beschluß, der das ganze Ernährungsabkommen mit der Entente in Frage stellen würde, denn die feindlichen Mächte sind entschlossen, sich die Schiffe eventuell mit Gewalt zu holen, wobei dann aber auf Lebensmittelsendungen in absehbarer Zeit nicht zu rechnen wäre. Auch die nautischen und technischen Offiziersverbände sind, so schwer ihnen der Verlust der Schiffe fällt, von der Notwendigkeit der Ausfahrt überzeugt. Das „Hamburger Echo“ weist darauf hin, daß die im Transportarbeiterverband organisierten Seeleute sich bereit erklärt hätten, eine genügende Anzahl Seeleute für die Besatzung der Schiffe zu stellen.

Hierzu bemerkt der „Vorwärts“ unter anderem: Das Vorgehen der Hamburger Spartakisten ist nur ein Teil ihres Planes, Deutschland derart zu zerrütten, daß es nicht mehr imstande ist, sich gegen ihre Machtansprüche zu wehren und nicht mit Unrecht wird man hinter solchen Vorgängen die russische Hand vermuten, der der deutsche Spartakismus nur als Werkzeug dient. Der Abschluß des Brüsseler Lebensmittelabkommens mußte daher den Spartakisten sehr unangenehm sein. In dem Hamburger Beschluß sehen wir einen letzten Versuch, seine Durchführung zu verhindern. Die deutschen Arbeiter sollen hungern und müssen hungern. Das ist das A und O der spartakistischen Politik. Mögen unsere Seeleute dafür sorgen, daß wir etwas zu essen bekommen. Mögen aber auch die Arbeiter aller Berufe erkennen, daß die Selbstvernichtungspolitik des Spartakismus und seiner unabhängigen Freunde ihr gefährlicher Freund ist.

Die „Konsequenz“ der Unabhängigen.

Auf folgenden Widerspruch in der Politik der Unabhängigen macht uns ein Mitglied des Hallischen Arbeiterrats aufmerksam. Bei Beendigung des Generalstreiks wurden die Unabhängigen nicht müde, zu verkünden, welchen „Erfolg“ und welchen „Sieg“ sie errungen haben. Das Volksblatt versicherte es täglich seinen Lesern, und in einer Sitzung des Arbeiterrates berichtete dessen Vorsitzender Albrecht, es sei sogar mehr erreicht worden, als man gefordert habe (siehe Bericht des Volksblattes). Nun hat Ende voriger Woche die Nationalversammlung in Weimar das Sozialisierungsgesetz beraten und verabschiedet. Die Unabhängigen verurteilten es auf das „entschiedendste“, und ließen kein gutes Haar an ihm.

Nun sei die bescheidene Anfrage gestattet: Wie steht es mit dem „großen Erfolg“ des Streikes, wenn das mit ihm zusammenhängende Sozialisierungsgesetz abgelehnt werden „mußte“? Oder war wirklich ein Erfolg erzielt, und man lehnte das Gesetz trotzdem ab? Oder welche „konsequenten“ Gedankengänge hatte man sonst? In Wirklichkeit lagen die Dinge so: Das Sozialisierungsgesetz war schon vor dem Generalstreik in seinen Grundzügen fertig und wäre auch ohne den Streik, so wie es ist, angenommen worden. Wenn die Unabhängigen in dieser Hinsicht einen Erfolg vorgeben, so ist das eine Täuschung. Trotzdem bleibt das Gesetz ein gewaltiger Fortschritt. Bildet es doch den Anfang und die Grundlage aller bevorstehenden Sozialisierungsmaßnahmen, die ohne allen Zweifel kommen werden, kommen müssen. Wenn die Unabhängigen trotzdem das Gesetz bekämpften, so aus den Gründen, die Minister Bauer vom Reichswirtschaftsamt treffend mit den Worten kennzeichnete: sie wollen sich die Möglichkeit zum Weiterhetzen nicht aus der Hand geben. Bei ihnen sind Nörgeln und Kritik alles, positive Errungenschaften Nebensache.

Da sie nur fünf vom Hundert aller Abgeordneter in Weimar stellen, tragen sie auch nicht die geringste Verantwortung für ihre Bocksprünge. Es ist noch sehr gelinde ausgedrückt, wenn Dr. Breitscheid seinen unabhängigen Parteigenossen ins Stammbuch schreibt, sie hätten überhaupt keine Politik.

Der Parteitag der Halben.

Unter dieser Ueberschrift schreibt die spartakistische Mülheimer Freiheit über den Parteitag der U. S. P.:

„Wir (Unabhängige) haben keine Politik“, also kennzeichnete Dr. Breitscheid, einer der Führer der Unabhängigen, in einer Berliner Mitgliederversammlung seine eigene Partei. Nun haben die Unabhängigen in Berlin ihren Parteitag gehabt, es ist eine ganze Woche geredet worden über Organisation, über Vergangenes und über die nächsten Aufgaben der Partei, über Taktik und Programm, aber trotzdem wird auch der begeisterste Anhänger der Unabhängigen auch jetzt noch nicht behaupten können, daß seine Partei nunmehr eine Politik hat. Vielmehr gilt heute noch weit mehr als vor dem Parteitag das Breitscheidsche Wort: Wir Unabhängige haben keine Politik. Ja, der Parteitag war eigentlich das schärfste Bekenntnis zur politischen Geschlechtslosigkeit. Man will keine Linie Politik, damit die Un-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190321-13/fragment/page=0001

abhängige Sozialdemokratische Partei nach wie vor der Sammelpunkt für Halbe und Ganze, für Wortradikale und Gemäßigte, für sogenannte Interventionisten und für Sozialpatrioten, wie sie sich auf dem „Internationalen" Kongreß in Bern in Gemeinschaft mit den Wels und Molkenbuhr betätigten, sein kann. In nichts, aber auch in gar nichts herrscht Uebereinstimmung, weder in der Taktik noch im Ziel, weder in bezug auf die Beurteilung des Rätesystems noch in der Anwendung der Mittel, um das alte morsche Ding, den Staat, zu stürzen. Die Gegnerschaft gegen den Kapitalismus und die Kapitalisten mag dem einen ernst sein, dem andern ist es aber darum zu tun, den Sturz des Kapitalismus durch die Ablösung der Kapitalisten herbeizuführen, also den Kapitalisten, die man eben gestürzt, sofort wieder die Mittel zur Erlangung der Macht in die Hand zu drücken. Kurz, der Parteitag der Unabhängigen offenbarte sich als eine politische Springprozession, bei der auf zwei kurze Schritte vorwärts ein langer Schritt nach rückwärts folgte."

Das Brüsseler Abkommen und der Schleichhandel.

Die in manchen Bevölkerungskreisen verbreitete Befürchtung, daß der Schleichhandel in großem Maßstabe sich der aus den Entente- und neutralen Ländern stammenden Lebensmittel bemächtigen und so eine gerechte Rationierung derselben unmöglich machen könnte, wird den P. P. N. an zuständiger Stelle als durchaus unbegründet bezeichnet. Der Schleichhandel, wie wir ihn während der Kriegsjahre als eine der übelsten Auswüchse des Kriegswirtschaftslebens sich entfalten sahen, wird gar nicht erst in der Lage sein, sich zu betätigen, da ihm, anders wie auf dem inländischen Lebensmittelmarkt, der Weg zu den Erzeugerquellen von vornherein abgeschnitten ist. Der Schleichhandel konnte sein riesiges Ausmaß ja nur dadurch nehmen, daß es ihm dank eines ungeheuer weitverzweigten organisatorischen Netzes von Beziehungen zu den mittleren und kleineren Produzenten, die nahezu drei Millionen an Zahl, den Hauptstamm der Lebensmittelexeranten des Schleichhandels stellten, gelang, die restlose Erfassung aller Nahrungsmittelprodukte durch den Staat zu hintertreiben, weil es einfach nicht anging, hinter jeden dieser drei Millionen Produzenten einen Schutzmann als Kontrolle zu stellen. Bei den Lebensmittellieferungen der Entente aber ist die völlige Ausschaltung des Schleichhandels dadurch gewährleistet, daß die in feindlichen oder neutralen Ländern angekauften und aufgestapelten Waren den direkten Weg zu den deutschen staatlichen oder kommunalen Verteilungsstellen nehmen und von diesen sogleich nach den bestehenden Rationierungsgrundsätzen den Verbrauchern zugeführt werden. Die Bevölkerung darf also in dieser Hinsicht ganz ruhig sein. Denn würde die Entente erfahren, und dies wäre ein leichtes für sie, daß die Verteilung der von ihr stammenden Lebensmittel nicht gerecht und wohl kontrolliert vor sich gehe, so würde sie uns ganz gewiß mit weiteren Lieferungen und Einkauferlaubnissen Schwierigkeiten bereiten.

Wie man die durch eigenes Verschulden Arbeitslosen am sichersten von jeder Zuteilung von Ententelebensmitteln ausschließen kann, darüber sind sich die maßgebenden Stellen noch nicht schlüssig geworden. Es darf aber in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß jene im Brüsseler Abkommen uns auferlegte Verpflichtung nicht der Initiative der deutschen Unterhändler, sondern den mit Nachdruck geäußerten Forderung der Ententevertreter entsprang.

Unsere wirtschaftlichen Nöte.

Man schreibt uns:

Während früher der Kampf des Proletariats so gut wie ausschließlich ein Klassenkampf des Arbeiters gegen den Kapitalismus, ein Kampf wirtschaftlicher Natur war, hat die Revolution den Stand der Dinge gewaltig verändert. Sie hat der deutschen Arbeiterschaft zu einer führenden Stellung in Politik und Wirtschaft verholfen. Vor allem ist die grundlegende Forderung der Sozialisten, die Sozialisierung der großen industriellen Betriebe, im Begriffe, erfüllt zu werden. „Die Sozialisierung marschiert." Leider aber hat sich trotz der tatsächlichen Erreichung der wichtigsten politischen Ziele neuerdings eine gefährliche Uebertragung des Kampfes vom Wirtschaftlichen aufs Politische vollzogen. So sind die unaufhörlichen Streiks der letzten Wochen ausschließlich politischer Natur. Demgegenüber muß man betonen, daß nur durch eine wirtschaftspolitische Einheitsfront der Arbeiterschaft die großen Errungenschaften der Revolution bewahrt bleiben können. Vor allem ist die erfehnte Sozialisierung nur durchzuführen, wenn die Arbeiterschaft vom festen Willen zur regelmäßigen intensiven Arbeit beseelt ist. Nur wenn auch nach der Sozialisierung der Bergwerke und anderer Betriebe die Förderung die alten Friedensziffern erreicht, sind wir exportfähig und damit imstande, die Lebensmittel einzutauschen, für deren Ankauf dem Auslande unser entwertetes deutsches Geld nicht mehr gut genug ist. Somit liegt es im eigensten Interesse der Arbeiterschaft, ihre Ziele heute ganz auf das Wirtschaftliche zu konzentrieren. Je mehr wir produzieren, je eher wir wieder zu geregelten Arbeitsverhältnissen kommen, umsomehr wird auch ein Abbau der Lebensmittelpreise möglich sein.

Die endgültige Fassung des Sozialisierungsgesetzes.

Im folgenden veröffentlichen wir den Wortlaut des von der Nationalversammlung beschlossenen Sozialisierungsgesetzes:

§ 1 in der Fassung des endgültig angenommenen Gesetzes bestimmt: „Jeder Deutsche hat unbeschadet seiner persönlichen Freiheit die sittliche Pflicht, seine geistigen und körperlichen Kräfte so zu betätigen, wie es das Wohl der Gesamtheit erfordert. Die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut steht unter dem besonderen Schutze des Reiches. Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Soweit ihm Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen notwendigen Unterhalt gesorgt. Das Nähere wird durch besondere Reichsgesetze geregelt."

§ 2 trifft hinsichtlich der Befugnis zur Sozialisierung folgende Bestimmung: „Das Reich ist befugt, im Wegen der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung 1. für alle Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften, in Gemeinwirtschaft zu überführen: im Falle dringenden Bedürfnisses die Herstellung und Verteilung wirtschaftlicher Güter gemeinwirtschaftlich zu regeln." Der Ausschuß hat folgenden zweiten Absatz hinzugefügt: „Die näheren Vorschriften über die Entschädigung bleiben den zu erlassenden besonderen Reichsgesetzen vorbehalten."

§ 3 bestimmt: „Die Aufgaben der durch Reichsgesetz geregelten Gemeinwirtschaft können dem Reiche, den Gliedstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbänden oder wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern übertragen werden. Die Selbstverwaltungskörper werden vom Reiche beaufsichtigt. Das Reich kann sich bei der Durchführung der Aufsicht der Behörden der Gliedstaaten bedienen."

§ 4 bestimmt, daß nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt werden können die Ausnutzung von Steinkohle, Preßkohle und Koks, Wasserkräften und sonstigen natürlichen Energiequellen und von der aus ihnen stammenden Energie.

An Alle!

Mehr denn je ist der politische Himmel über unserem Vaterlande mit Gewitterwolken bedeckt. Nach wie vor sind bei der Schwüle die Aussichten gering auf den befreienden Windstoß, der ihn säubern und uns die Ruhe bringen soll, die Ordnung, Arbeit und verbesserte Lebensbedingungen im Gefolge hat und die Sonne heraufführt, die uns Frieden bedeutet und Freiheit!

Jedermann aber gehört in unsere Reihen bei unserem Kampf, der diesem Ziele gilt!

Das deutsche Volk hat die freiheitlichste Verfassung und Regierung der Welt, wir regieren uns selbst, von uns gewählt sind unsere Führer und handeln in unser aller Namen.

Demokratie

steht auf unserem Banner, kraft ihr wollen wir das Leben des deutschen Volkes in positivem Schaffen formen, daß es vorbildlich sei in der Welt mit seinen Errungenschaften auf allen Gebieten der Wirtschaft und Volkswohlfahrt im Zeichen des

Sozialismus!

Deutsche Frauen und Männer! Ihr Arbeiter in den Betrieben, Ihr Stadt- und Landbewohner! Wollt Ihr Euch verzehren in rastlosem Kampfe? Wollt Ihr nicht endlich den wahren Frieden, der Euch ein auskömmliches Dasein und eine sorgenfreie Zukunft verbürgt?

Dann tretet in unsere Reihen, baut mit uns das deutsche Haus, kommt zu uns, zur

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!

Es kommt auf Jeden an im Drang der Zeit, denkt daran!

Ein Jahresabschnitt steht mit dem 1. April wieder vor uns:

Abonniert und werbt für die

Volksstimme.

Zwischen oben und unten.

Unter dieser Überschrift schreibt die Neue Westdeutsche Lehrerzeitung in ihrer Nr. 11 folgendes:

„Wenn es oben auch neu geworden ist und unten jung, dazwischen hat sich aber noch nichts geändert. Ein ergötzendes, aber doch treffendes Beispiel dafür erlebten kürzlich die Kollegen in R., einem Ort im Regierungsbezirk Düsseldorf. Da war der Regierungsrat M. bei den jungen Lehrern; er sah und hörte ihre Not und hatte diesen Trost: „Sie dürfen uns getrost alle ihre Forderungen vorlegen, auch eine Unterstützung können wir ihnen gewähren, es ist noch so viel da, daß auf jeden vielleicht 20 Mark kommen, nur dürfen Sie nicht sozialdemokratisch werden."

Ein Schulrat, der seinen Lehrern verbieten will, sozialdemokratisch zu werden, muß sofort entlassen werden. Von Gesinnungsknechtung kann hier umsoweniger die Rede sein, als diese Maßregel nur dazu dienen würde, die Lehrer vor der Gesinnungsknechtung durch den Schulrat zu schützen.

Um den Einheitsstaat.

Die Frage der bundesstaatlichen Gliederung Deutschlands ist bisher in rein negativem Sinne gelöst: nämlich dahin, daß der Einheitsstaat nicht kommt. Zwar sind von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken eine Menge vernünftiger Menschen überzeugt, daß allein diese Lösung imstande wäre, die jetzt sich auftürmenden Schwierigkeiten und Komplikationen mit einem Schlage zu beseitigen, aber man fügt in resigniertem Tone hinzu, es geht halt nicht, und wirft sich auf eine bundesstaatliche Lösung.

Ein Problem, dessen allein richtige Lösung aber verfehlt wird, kommt nicht zur Ruhe. Das lehrt uns jetzt das heillose Durcheinander im Verfassungsausschuß. Die einen fordern im Interesse der deutschen Einheit die Zerlegung Preußens in kleinere Bundesstaaten, die anderen stellen die Erhaltung des bisherigen Preußens als die Grundbedingung der deutschen Einheit hin. Die einen haben im Grunde so recht und so unrecht wie die anderen. Weder mit einem ganzen, noch mit einem geteilten selbständigen Preußen im Leibe ist Deutschland ein wirklicher Einheitsstaat. Allgemein anerkannt wird, daß eine gewisse Umbildung der jetzigen bundesstaatlichen Gliederung erfolgen muß. Dinge wie der Zusammenschluß der zerfetzten thüringischen Kleinstaaten zu einem thüringischen Einheitsstaat sind ebenso notwendig wie nützlich. Aber nun kommen die Preußenzerteiler und erklären: wenn die Thüringer sich zu einem selbständigen Staat zusammenschließen dürfen, dann muß es auch den Rheinländern, Hannoveranern gestattet sein, sich als selbständige Staaten von Preußen loszulösen. Darauf wütender Protest der Preußenerhalter. Gelungenerweise ist bei dieser Debatte rechter Hand linker Hand, alles vertauscht. Die Preußenzerteiler sind zum Teil ziemlich weit rechtsstehende Elemente, während sozialdemokratische Minister sich schützend vor die Einheit Preußens stellen. Die bayerischen Unabhängigen wetteifern in prinzipienfestem Partikularismus mit jedem bayerischen Zentrumsmann.

Ist die Frage wirklich nicht zu lösen? Es sollten doch wenigstens ein paar von denen, die erkannt haben, daß der deutsche Einheitsstaat der einzige Ausweg aus dem Dilemma und die einzige würdige Lösung ist, den Mut haben, energisch mit dieser Forderung vorzutreten. Sie sollten sich nicht durch den Einwand beirren lassen, daß die Forderung leider zurzeit unerfüllbar sei. Wenn ein paar Parteigenossen in der Fraktion diesen Mut aufbrachten, so würde das der Partei sicherlich nicht schädlich sein. Wenn man nur fest zugreift, würde sich am Ende herausstellen, daß die angeblich unüberwindlichen Schwierigkeiten gar nicht vorhanden oder doch nur ein Zehntel so schlimm sind, wie man sie hingestellt hat. Selbst dem Dümmsten ist klarzumachen, daß ein deutscher Einheitsstaat namentlich mit Deutsch-Österreich alles andere ist als eine „Verpreußung" Deutschlands. Es ist im Gegenteil die völlige Auflösung des alten Begriffes Preußen.

Kurze Notizen.

Wiedereinführung der Sommerzeit. Die Reichsregierung beabsichtigt, die Sommerzeit vom 28. April an wieder einzuführen.

Ein Sozialisierungsministerium in Ungarn. Der Ministerrat beschloß die Errichtung eines Sozialisierungsministeriums, welches die in der Verwaltung der verschiedenen Ministerien befindlichen Industriebetriebe übernehmen, ferner die staatliche Verwaltung der zur Sozialisierung reifen Industriebetriebe vorbereiten und durchführen wird.

Der Prozeß gegen den Mörder von Jaures wird am 24. März beginnen. Die Verhandlungen werden ungefähr sechs Tage in Anspruch nehmen.

In Paris fanden Straßenkundgebungen statt, auch dort gehen Generalstreiksgerüchte um.

Die preußische Notverfassung in der Landesversammlung angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Hauses (1000 Mk. monatlich während der Tagung) wird ohne Erörterung in erster Lesung erledigt und in zweiter Lesung angenommen.

Die Weiterberatung der Notverfassung wird fortgesetzt.

Abg. Oeser (Dem.): Da die Souveränität bei der Landesversammlung selbst ist, so ist es auch berechtigt, daß sie den Ministerpräsidenten wählt, der dann die übrigen Mitglieder beruft. Das beantragen wir.

Abg. Graef-Anklam (Dn.) befürwortet einen Antrag seiner Partei auf Einsetzung eines Staatspräsidenten, der das Staatsministerium zu berufen habe. Sollte unser Antrag abgelehnt werden, so werden wir dem Antrage der Demokraten zustimmen.

Abg. Dr. Am Zehnhoff (Ztr.): Auch wir behalten die Frage des Staatsoberhauptes noch unserer Prüfung vor. Für die Notverfassung genügt die vorgesehene Regelung.

Abg. Dr. Leidig (D. Vpt.) spricht für einen Staatspräsidenten, der die Regierung ernennt.

Abg. Freymuth (Soz.): Wir wollen ein einheitliches Deutschland haben. Diesem idealen Gesichtspunkt widerstreitet die Einsetzung von Staatspräsidenten in den Einzelstaaten.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.) lehnt den Staatspräsidenten ab. Auch den Antrag der Demokraten lehnen wir ab, denn er ist eine Hintertür, durch die der Staatspräsident hereinschlüpfen kann.

Unter Ablehnung aller Anträge wird darauf § 3 in der Fassung des Entwurfes (Berufung der Regierung durch den Präsidenten der Landesversammlung) aufrechterhalten.

§ 4a wird unter Ablehnung sämtlicher Abänderungen mit einem von dem Abg. Dr. v. Kries (Dn.) befürworteten Zusatz, durch den die Schließung und förmliche Vertagung des Landtages ausgeschlossen wird, angenommen.

Abg. Dr. Deerberg (Dn.) beantragt die Aufnahme einer Bestimmung, wonach alle von der vorläufigen Regierung erlassenen Verordnungen der Landesversammlung sofort zur Nachprüfung und Feststellung ihrer Gesetzeskraft vorzulegen sind.

Ministerpräsident Hirsch: Die Regierung stützt sich bei dem Erlaß ihrer Verordnungen auf die durch die Revolution geschaffenen Tatsachen. Wir haben mit unseren Verordnungen eine Reihe berechtigter Wünsche des Volkes erfüllt, die keinen Aufschub duldeten.

Abg. Dr. Leidig (D. Vpt.): Dringliche Verordnungen zu erlassen, war natürlich die Regierung berechtigt. Nachdem aber die Landesversammlung einberufen war, durfte sie uns nicht mehr vorgreifen.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.): Die Verordnungen wurden erlassen, um zutage getretenen Notständen abzuhelfen.

Abg. Graef-Frankfurt a. M. (Soz.): Wenn man der vorläufigen Regierung einen Vorwurf machen will, dann muß man sagen, daß sie mit ihrem Notverordnungen längst nicht weit genug gegangen ist. Insbesondere hat sie versäumt, mit der Landratswirtschaft aufzuräumen. Die von der Regierung vorgeschriebenen Wahlen sind in den überaus zahlreichen Gemeinden ganz einfach unterblieben, und die Regierung hat nicht mit dem nötigen Nachdruck für die Befolgung ihrer Verordnungen gesorgt.

§ 7a wird unverändert angenommen.

Abg. Dr. v. Kries (Dn.) hält es für richtig, daß der Regierung ein gewisses Notverordnungsrecht in einer Zeit zustehen muß, in der die Landesversammlung aus tatsächlichen Gründen nicht zusammentreten kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190321-13/fragment/page=0002

Finanzminister Südekum: Das ist auch unsere Auffassung. Es schweben zurzeit Verhandlungen wegen

Uebernahme aller Staatsbahnen auf das Reich.

Das soll zu einem bestimmten Termin in dem Wege des Vertrages geschehen. Ist das nicht durchführbar, dann wird die Regelung im Wege der Reichsgesetzgebung erfolgen, wobei die finanzielle Seite der Sache einem unparteiischen Schiedsgericht übertragen werden wird.

Der Rest der Vorlage wird unter Ablehnung aller Anträge angenommen.

In der dritten Lesung erklärt

Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.), daß seine Partei wegen der Ablehnung des Rätesystems gegen die Vorlage stimmen werde.

Der Entwurf wird in dritter Beratung und in der Gesamtabstimmung nach den Beschlüssen der zweiten Lesung mit der Aenderung angenommen, daß die Episkopalbefugnisse der früheren Könige künftig drei evangelischen Ministern zustehen sollen.

Ministerpräsident Hirsch: Nach Annahme der vorläufigen Verfassung erkläre ich namens der Regierung, daß wir unsere Aemter hiermit an die Landesversammlung zurückgeben.

Präsident Leinert: Ich bitte die Staatsregierung, die Aemter fortzuführen, bis ich in der Lage bin, eine neue Regierung zu berufen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Anfrage über die Bestrebungen auf Abtrennung von preußischen Landesteilen.

Halle und Saalkreis.

Halle, 21. März 1919.

Der neue Arbeiterrat.

Der neugewählte Arbeiterrat hat gestern nachmittag das erste Mal getagt. Das anläßlich der Nationalwahlen oft genannte Zünglein an der Wage werden hier die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bilden, das hat sich gleich gestern gezeigt und das Zünglein schlug bereits mehrmals nach beiden Seiten aus, je nach dem der Weg der von den klaren Zielen des Sozialismus und der Demokratie bestimmt ist, führte. Die beiden großen Parteien rechts und links zeigten durch die Ausführungen der Redner zu den verschiedenen Punkten sehr bald die große Kluft auf, die einmal zwischen ihren Anschauungen liegt und andererseits den unseren.

Der Verlauf der Sitzung war der folgende:

Reiwand (U. S.) eröffnet die Sitzung und gibt einen Protest bekannt, den der mittlere (alte) Arbeiterrat an den Magistrat richtete wegen Einberufung des Arbeiterrats. Der Magistrat habe sich nicht darum zu kümmern, zumal der Arbeiterrat ihm übergeordnete Kontrollinstanz sei. Es wird beschlossen, die Abstimmung bis nach der Konstituierung zu vertagen.

Hildebrandt (U. S.) verliest eie lange Protesterklärung an den Bezirksarbeiterrat zur Kenntnisnahme gegen die Gültigkeit der Wahl. Die Erklärung enthält eine Anzahl Wahlverstöße sowie die Feststellung, daß die Wahl nicht geheim war. Es entspinnt sich eine längere Debatte, ob der Bezirksarbeiterrat überhaupt zuständig sei. Kleeis (Soz.) und Delius (Freie Vereinig.) lehnen das für ihre Parteien ab, ebenso wie sie eine Neuwahl für unnötig halten. Ueber einen Antrag **Brettschneider** (F. V.) der besagt, daß der Arbeiterrat den Bezirksarbeiterrat nicht als befugt ansieht, über Gültigkeit der Wahl zu entscheiden, soll ebenfalls nach der Konstituierung abgestimmt werden. Nunmehr soll das Bureau gebildet werden. Für die Fraktionen schlagen, nachdem dann übereingekommen, 3 Vorsitzende u. 3 Schriftführer zu wählen,

Hildebrandt (U. S.) Osterburg als Vorsitzenden, Günther als Schriftführer vor,

Dürrfeld (Soz.) Chemnitz und Vetter,

Heine (F. V.) Sperl und Brettschneider.

Jetzt gerät man in eine hitzige Diskussion, ob die Vorsitzenden mit gleichen Rechten oder ein 1., 2. u. 3. Vorsitzender gewählt werden soll. Im Falle des Letzteren will die Freie Vereinigung nicht für Osterburg stimmen. Aus ihren Kreisen wird sogar Kleeis (Soz.) als 1. Vorsitzender vorgeschlagen. Nach langem Hin und Her (besonders die Mehrheitssozialisten setzten sich für Besetzung der Aemter nach demokratischem Prinzip ein) ergibt die Abstimmung gegen die Freie Vereinigung daß ein 1., 2. und 3. Vorsitzender und Schriftführer gewählt werden soll und je nach Maßgabe der Stärke der Fraktionen die Sitze sich verteilen sollen. Es wird nunmehr durch Zuruf einstimmig gewählt: Zum 1. **Vorsitzenden Osterburg** (U. S.), 1. **Schriftführer Günther** (U. S.), 2. **Vorsitzender Sperl** (F. V.), 2. **Schriftführer Brettschneider** (F. V.), 3. **Vorsitzender Chemnitz** (Soz.), 3. **Schriftführer Vetter** (Soz.).

Osterburg übernimmt sein Amt und hofft, daß die Arbeiterräte sich bemühen werden, den Zweck der Räte, die Revolution zu sichern, zu erfüllen. Im Namen seiner Freunde gibt **Delius** (F. V.) die Erklärung ab, daß diese auf dem Boden sachlicher Verhandlungen über lediglich wirtschaftliche Fragen ein gutes Zusammenarbeiten mit den anderen Parteien erhoffen. In der Politik ständen sie auf dem Boden der Nationalversammlung und Regierung, sonst aber dürfte keine Politik an dieser Stelle getrieben werden. Nun kommen die Anträge zur Abstimmung. Antrag Brettschneider (F. V.) wird gegen die Linke angenommen. Zum Antrag des mittleren (alten) Rates betr. Protest gegen die Einberufung beantragt **Dürrfeld** (Soz.) Uebergang zur Tagesordnung, was ebenfalls gegen die Unabhängigen durchgeht. Der Höhepunkt des Interesses wurde jedoch erst nunmehr erreicht, da noch Neuwahl eines mittleren Rates auf der Tagesordnung steht, dessen Notwendigkeit Chemnitz (Soz.) erläutert, indem er über die vergangene und zukünftige Wirksamkeit des mittleren Rates spricht. Petri (F. V.) beantragt namens seiner Partei Verschiebung der Wahl bis der Rätekongreß gesprochen und etwaige Richtlinien für die Räte gegeben habe, Kleeis (Soz.), daß solange der alte, mittlere Rat im Amte bleibe, soweit seine Mitglieder auch dem neuen Arbeiterrat angehören, was auch zutrifft. Es stellt sich bald heraus, wie sich die „Bürgerlichen" selbst hereingeritten haben, indem nun natürlich der alte, mittlere Rat Rat im Amte bleibt. Dadurch, daß sie die Neuwahlen verhinderten, haben sie dem alten Rat wieder in den Sattel verholfen, und auch ihr Antrag, mit dem sie die Situation noch zu retten versuchten, in den mittleren Rat durch Verstärkungswahlen hereinzukommen, fiel unter kaltem Lächeln der Gegenseite ins Wasser. Dann wurde noch über Abhaltung und Tagesordnung der nächsten Sitzung disputiert, sie soll als Hauptpunkt Wahl der Delegierten zum Bezirksarbeiterrat enthalten, wobei der U. S. P. 15 Sitze, der F. V. 14 Sitze und der S. P. D. 6 Sitze zufallen sollen. Gegen 7 Uhr schloß Osterburg die Sitzung. wv.

* **Die soziale Fürsorgetätigkeit des Arbeiterrats** nimmt nach wie vor seinen geregelten Fortgang, nachdem die Versammlung des Großen Arbeiterrats am Donnerstag, den 20. d. Mts. ausdrücklich beschlossen hat, daß der Mittlere Arbeiterrat bis zum Stattfinden des Rätekongresses am 8 April seine bisherige Tätigkeit fortsetzen soll. In Anbetracht dieses Beschlusses ersuchen wir die werktätige Bevölkerung, wie bisher, sich mit dem Mittleren Arbeiterrat in Verbindung zu setzen, wo es sich um Ernährungsverhältnisse, Beschlagnahme, soziale Fürsorge, Preisprüfungsverhältnisse, Armenpflege usw. handelt. Die Sprechstunden sind von 12 bis 1 Uhr vormittags und 4—6 Uhr nachmittags vorgesehen.

Pressekonferenz und Volksblattberichte.

Der Fall Meseberg war das Hauptthema der gestrigen Pressekonferenz. Die seitens des Landesjägerkorps angestellten Ermittelungen haben ergeben, daß die erste Verhaftung des Matrosen Meseberg von der 2. Streifkompagnie, die damals dem Korps angegliedert gewesen sei, vorgenommen wurde. Da die in Betracht kommenden Personen bekannt sind, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben, inwiefern Uebergriffe vorliegen. Von der zweiten Verhaftung sei dem Kommando nichts bekannt. Die Frau des Meseberg habe ausgesagt, daß ihr Mann von drei Personen in Uniform abgeholt worden sei. Einen silbernen Eichenzweig (das Abzeichen der Landesjäger) will sie bei keinem der drei gesehen haben, dagegen hat der eine, den ihr Mann mit „Leutnant" angeredet habe, am linken Unterarm ein silbernes „L" getragen. Besondere Offiziersabzeichen habe auch dieser nicht gehabt, jedoch ein Monokel getragen. (!) Das Kommando ist der Ansicht, daß die Absicht vorlag, vorzutäuschen, daß Landesjäger die Verhaftung vornahmen. Weitere Ermittlungen werden dauernd angestellt. —

Unserer Ansicht nach muß unbedingt erstrebt werden, daß seitens der Truppen keinerlei provozierende Maßnahmen getroffen werden, es ist unbedingt zu verlangen, daß die Kommandostellen ihre Truppen so in der Hand haben, daß von deren Leuten nichts geschehen kann, was diese nicht wissen. Der Fall Meseberg ist nicht der einzige, der uns veranlaßt darauf hinzuweisen. Man hat doch vor der Revolution so gut verstanden, das Militär „vaterländisch" aufzuklären, möge man auch jetzt alles tun, um Landesjäger, Freikorps und Wachtregiment dahin aufzuklären, **daß Willkür das Schlimmste, Gewährleistung von Ordnung, Sicherheit und Freiheit des Einzelnen und Aller augenblicklich aber Alles bedeutet.**

Außerdem wird von seiten des Kommandos der Landesjäger folgendes bekanntgegeben:

„Das Volksblatt bringt in seiner Beilage zur Nr. 66 vom 19 März in einem Artikel „General Maercker über seine Landesjäger" einen Auszug aus einem Sitzungsprotokoll des Soldatenrates in Weimar. Er lautet:

Sitzung am 15. Februar 1919 im Ilmpavillon auf Einladung des Generals Maercker an den Soldatenrat. Anwesende, außer dem General Maercker, Oberstleutnant v. Klüber und ca. zehn Offiziere, sowie die drei Vorstandsmitglieder des S.-Rates Weimar. Auf die vorgebrachten Beschwerden über die Ausführung der sogenannten Regierungstruppen erwiedert General Maercker: „Ich weiß sehr wohl, daß von 100 Mann, die ich einstelle, nur 20 Mann zu gebrauchen sind. Die übrigen sind Spitzbuben und Verbrecher. Trotzdem erblicke ich in der Organisation meines Korps die Grundlage für unser zukünftiges Volksheer. Nur die eiserne Disziplin, die Wiederherstellung der Kommandogewalt können zu dem gesteckten Ziele führen."

Hierzu habe ich zur Richtigstellung zu erklären: Die mir zugeschriebene Aeußerung ist entstellt und besagt gerade das Gegenteil von dem, was ich zum Ausdruck brachte. Ich habe nämlich zum Beweis dafür, daß das Freiw. Landesjägerkorps sich aus guten Elementen zusammensetzt, erklärt, daß von 100 Mann die sich melden, nur 20 für würdig befunden werden, in die Truppe eingestellt zu werden."

Wiederein Beweis für die „wahrheitsgetreue" Berichterstattung des „Volksblattes"!

Jesuiten.

„**Ein hiesiges Blatt schreibt**", doziert das Volksblatt und bringt einen Auszug aus unseren Berichten über die Versammlung „Trennung von Kirche und Staat" in den Thaliasälen. Es bezeichnet die **Darstellung als treffend.** Warum aber dann das schamhafte Verschweigen des Blattes, das **diese treffende Schilderung gibt?** Warum erzählt denn hier das Volksblatt seinen Lesern nicht: **Die Volksstimme schreibt?** Fürchtet man etwa, den Lesern zu sagen, daß auch die **Volksstimme mal** „Was Vernünftiges" (nach Ansicht des Volksblattes) bringen kann???

* **Die Kriegsgefangenen-Fürsorge des Roten Kreuzes, hier, Schmeerstraße 12**, ist wegen der Teilnahme ihres Leiters, des Juwelier Tittel, an der in Oeynhausen stattfindenden Aufsichtsratssitzung des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen, bis einschließlich Dienstag, den 25. März 1919, geschlossen.

* **Anmeldung des Bedarfs an Arbeitskräften bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen.** Für alle Arbeitgeber, die mehr als fünf Arbeitskräfte benötigen, besteht die Verpflichtung, sich an die öffentlichen Arbeitsnachweise zu wenden. Wir verweisen auf die diesbezügliche Bekanntmachung in heutiger Nummer.

* **Erhöhung der Teuerungszulagen.** Wie verlautet, sollen vom 1. Januar 1919 an die Teuerungszulagen für Beamte erhöht werden. Es erhalten unverheiratete Beamte ohne eigenen Hausstand 1620 M., unverheiratete Beamte mit eigenem Hausstande und verheiratete Beamte ohne Kinder 2040 M., verheiratete Beamte mit einem Kinde 2520 M., mit zwei Kindern 3000 M., mit drei Kindern 3480 M., mit vier Kindern 3960 M., mit fünf Kindern 4440 M. Für jedes weitere Kind werden 480 M. gezahlt. Die seit dem 1. Januar gezahlten Teuerungszulagen werden bei der Nachzahlung in Anrechnung gebracht.

* **Die Reichsbekleidungsstelle** teilt mit, daß sie sich bereit erklärt, soweit sie über **Bestände an Strohsäcken, Kopfpolstern und Laken** verfügt, diese zur Ausstattung von Unterkunftsräumen für die in der Landwirtschaft tätigen Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Entsprechende Anforderungen sind bei der Reichsbekleidungsstelle, Abt. II, Berlin, Nürnberger Platz 1, einzureichen.

* **Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.** Außer **Kali** kommen von jetzt an auch **Ammoniak** und **Superphosphat** zum Verkauf. Dann können täglich **Saatbohnen** und **Saaterbsen** bezogen werden. Der Verkauf findet von 9—3 Uhr, Sonnabends von 9—1 Uhr statt. Die Ackerkarte und Tüten und andere Behälter sind mitzubringen.

Ammendorf. Am 18. März fand bei Landmanns eine gutbesuchte **Mitgliederversammlung** der alten sozialdemokratischen Partei statt. Zur Beratung stand die **Arbeiterratswahl** in Ammendorf. Die Versammlung beschloß, eine eigene Kandidatenliste aufzustellen. Eine Verbindung mit anderen Parteien mußte aus parteipolitischen Gründen abgelehnt werden. Die Demokraten verzichteten auf die Aufstellung einer besonderen Liste und erklärten sich bereit, die Liste der Mehrheitssozialisten zu unterstützen. Ein kurzer Vortrag über Zweck des Arbeiterrats wurde allseitig mit Beifall aufgenommen. Bei der nächsten Versammlung wird Lehrer Baum einen Vortrag halten über die sofortigen Forderungen für unsere Schule. Die sehr anregende Versammlung brachte auch eine **erhebliche Zahl neuer Mitglieder.**

Aus der Provinz.

Wahlen zum zweiten Rätekongreß.

Zu den Richtlinien für die **Wahlen zum Rätekongreß** wird vom Zentralrat im Einverständnis mit dem Reichsernährungsamt zur Behebung von Zweifeln bestimmt:

Wo **Bauern- und Landarbeiterräte** nach Maßgabe der Verordnung des Reichsernährungsministeriums vom 22. Nov. 1918 bestehen, gilt je ein aus der Gruppe der Bauern und je ein aus der Gruppe der Landarbeiter von jeder Gruppe zu bestimmender Vertreter als einer der Abgesandten zur Wahlkreiskonferenz. Ebenso gilt ein von einem allgemeinen Arbeiterrat im gleichen Ort gewählter Vertreter als Abgesandter zur Wahlkreiskonferenz. Sind auf diese Weise **mehrere** Abgesandte für einen Ort bestellt, so haben diese gleichwohl nur **eine Stimme.** Hat der Ort über 5000 Einwohner, so haben die Abgesandten gemeinsam die der Einwohnerzahl entsprechende Anzahl von Stimmen. Einigen sich mehrere Abgesandte eines Ortes nicht darüber, wer von ihnen Stimmenführer sein soll, so entscheidet die Wahlkreiskonferenz.

Ein unabhängiger Bürgermeister.

Hettstedt hat eine unabhängige Mehrheit im Stadtparlament und hat darum am 17. März einen Unabhängigen, Herrn **Albert Gericke** aus **Alsleben** zum Bürgermeister gewählt. Wir freuen uns natürlich darüber, daß hier in unserem weiteren Bezirk ein Sozialdemokrat, und wenn es auch ein „unabhängiger" ist, Stadtoberhaupt wurde. Trotzdem können wir es uns aber nicht versagen, dem neuen Stadtpräsidenten ein paar Zeilen zu widmen. Herr Gericke aus Alsleben wandte sich vor den Gemeindewahlen telephonisch an unser Parteisekretariat in Halle, gab an, daß er „Unabhängiger" gewesen sei, doch „**deren Politik nicht mehr mitmachen könne**, unserer Partei beitreten wolle und im dortigen Bezirke mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln, hauptsächlich aber als Redner, für unsere Partei wirken wolle. Jedenfalls wollte er auf diese Weise ein Gemeindevertretermandat erhaschen. Aus besonderen Gründen verzichteten wir aber auf die Mitarbeit dieses „Paulus" und daraufhin scheint er wieder „umgelernt" zu haben und ist nochmals „unabhängig" geworden.

Herr Gericke scheint demnach wiederum "grundsatzfester" geworden zu sein, denn damit bringt man es bei den Unabhängigen am weitesten — in diesem Falle zum Bürgermeister.

Roßbach. Recht bedauerliche Unfälle ereigneten sich auf der hiesigen Grube Gewerkschaft „Gute Hoffnung". Am 18. d. M. wurde der Arbeiter Erich Müller aus Naumburg vom Baggerzug, wo er als Bremser tätig war, beim Anziehen der Maschine herunter geschleudert und überfahren. Der Tod trat sofort ein. Am gleichen Tage wurde der Maschinist Richard Enle aus Roßbach im Vorbeifahren mit seiner Maschine von dem nicht rechtzeitig weggenommenen Wasserrohre derartig an den Kopf geschlagen, daß er eine schwere Schädelverletzung davontrug. Ein weiterer Unglücksfall ereignete sich Mittwoch vorm. ½8 Uhr. Eine beladene Kies-Lore hatte sich, vermutlich beim Rangieren losgelöst, fuhr mit voller Geschwindigkeit den steilen Schienenweg hinunter und stieß auf den mit Menschen besetzten Personenwagen auf, der in Begriff war nach Weißenfels abzufahren. Mehrere der Insassen konnten sich rechtzeitig durch Abspringen retten, während die übrigen zum Teil schwerere, zum Teil leichtere Verletzungen davontrugen.

Naumburg (S.). **Zur Arbeiterratswahl!** Parteigenossen! Am Sonntag findet die Neuwahl zum Arbeiterrat statt. Die bürgerlichen Parteien haben eine gemeinsame Liste aufgestellt. **Es ist unbedingt notwendig, daß sich alle Parteigenossen restlos für diesen Tag zur Verfügung stellen.** Wenn der Arbeiterrat künftig wirtschaftliche Aufgaben erledigen soll, muß eine sozialistische Mehrheit angestrebt werden. Deshalb alle zur Stelle! Wir können und müssen die meisten Vertreter erhalten!

Naumburg. Bekanntmachungen des Magistrats. Solange der Vorrat reicht, findet von heute ab täglich auf Anweisezettel der Kohlenhändler Abgabe von Kohlen am Ostbahnhofe in der Niederlage des Herrn Friede in Mengen von ½ Zentner zum Preise von 2,25 M. statt. — Die Wochenfleischmenge ist von dieser Woche ab für den Stadtkreis Naumburg wieder auf 150 Gramm mit Knochen festgesetzt werden.

Letzte Nachrichten.

Zentralrat und politische Funktion der Räte.

Berlin, 20. März 1919. Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik teilt mit: In der Morgenausgabe der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 18. 3. befand sich eine Notiz über den Zusammentritt des zweiten Rätekongresses, in der es heißt, daß der Zentralrat auf dem Standpunkt stehe, daß die politischen Rechte der Arbeiter durch deren Vertreter in der Nationalversammlung und in der Landesversammlung gewahrt werden, und daß damit ein anderes Organ zur Vertretung der politischen Interessen der Arbeiter sich erübrigt.

Diese Mitteilung entspricht nicht den Tatsachen. Die Stellung des Zentralrates ist durchaus noch nicht endgültig festgestellt. Bei den bisherigen Beratungen dieser Angelegenheit hat sich aber ergeben, daß die Mehrheit seiner Mitglieder eine Auffassung vertritt, die der in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" wiedergegebenen entgegengesetzt ist.

Der Reichskohlenrat.

Weimar, den 20. März 1919. Die Befugnisse des **Reichskohlenrates** werden möglichst weit gefaßt sein, damit er die nötige Bewegungsfreiheit hat, um Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung, die als im Interesse der Gesamtheit notwendig erklärten Eingriffe vorsichtig vorzunehmen. Er soll als Vertreter der Vertriebsverbände gebildet werden und aus 100 Mitgliedern bestehen. Betriebsleitungen, Arbeiterschaft

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751919032 1-13/fragment/page=0003

und Verbraucher wählen je 25, 25 weitere Mitglieder ernennt das Reich. Von den 25 Reichsvertretern ernennt 10 das Parlament, 15 der Reichsministerpräsident. Die Exekutive liegt beim fünfköpfigen Reichskohlendirektorium. Betreffs der Entschädigung der Privatbetriebe ist beabsichtigt, als Entschädigungsgrundsatz nur den Ertrag des Kapitals dienen zu lassen und auf Verkehrswert und Erwerbungskosten tunlichst Rücksicht hierbei zu nehmen. Die Auszahlung der endgültig festgesetzten Entschädigung soll durch Ausgabe fest verzinslicher konvertierbarer Schuldverschreibungen der „Deutschen Kohlengemeinschaft“ erfolgen.

Wilson gegen die Vergewaltigung Deutschlands.

Bern, 20. März. Wie aus Paris gemeldet wird, bietet Präsident Wilson seinen ganzen persönlichen Einfluß auf, um die Aufnahme von Gewaltmaßregeln gegen den deutschen Handel und die deutsche Industrie, wie sie insbesondere von Frankreich gewünscht wurde, in den Friedensvertrag zu verhindern. Wilson hat der Friedensdelegation die Ueberzeugung beigebracht, daß eine Einschränkung der Freiheit des deutschen Handels und der deutschen Industrie im Widerspruch zu seinem Programm stehe, und dies überdies den Bedürfnissen des internationalen Wirtschaftslebens widerspreche. Es bestehe zwar die Notwendigkeit, Belgien, Frankreich und Italien während der Zeit des Wiederaufbaues vor der deutschen Konkurrenz zu sichern, diese Sicherung könne aber viel besser auf dem Wege finanzieller Entschädigungen von seiten Deutschlands erfolgen, als durch ein Verbot freier wirtschaftlicher Betätigung für Deutschland.

Briefkasten der Redaktion.

G. P., Artern. Wir sind leider nicht in der Lage und empfehlen Ihnen, sich an den Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin S. W. 68, Lindenstr. 114 zu wenden.

A. R., Halle. Wir werden von Ihrer Zusendung gern Gebrauch machen und sehen gern weiteren Arbeiten entgegen, bitte aber auf unsere beschränkten Raumverhältnisse Rücksicht zu nehmen

W. B., Klein-Leipisch. Leider nicht geeignet! Im übrigen kommt die Richtigstellung viel zu spät.

Verordnung

über die Pflicht der Arbeitgeber zur Anmeldung eines Bedarfs an Arbeitskräften. Vom 17. Februar 1919.

§ 1.

Jeder Arbeitgeber, welcher 5 oder mehr Arbeitskräfte benötigt, ist verpflichtet, deren Zahl, Beschäftigungsarten und Arbeitsplätze binnen 24 Stunden nach Eintritt des Bedarfs bei einem nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise, welcher sich mit Vermittlung von Arbeitskräften der benötigten Beschäftigungsart befaßt, anzumelden.

§ 2.

Ein Arbeitgeber, der einen Bedarf an Arbeitskräften der gleichen Art bei verschiedenen, nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen anmeldet, ist verpflichtet, bei der zweiten und jeder folgenden Anmeldung anzugeben, bei welchem Arbeitsnachweis er denselben Bedarf bereits angemeldet hat.

§ 3.

Die Verpflichtung nach §§ 1 und 2 trifft an Stelle des Arbeitgebers diejenigen Personen, welche von ihm allgemein oder für den Einzelfall mit der Annahme von Arbeitskräften für seine Zwecke beauftragt sind.

§ 4.

Die nach den §§ 1 und 3 meldepflichtigen Personen haben jede Besetzung der als offen angemeldeten Arbeitsplätze den Arbeitsnachweisen, bei denen die Anmeldung erfolgt ist, binnen 24 Stunden mitzuteilen.

§ 5.

Meldepflichtige Personen, welche einer der vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandeln, werden mit Geldstrafen bis zu 3000 Mark bestraft.

§ 6.

Bereits ergangene weitergehende Verordnungen der Demobilmachungsbehörden über Meldevorschriften im Sinne dieser Verordnung bleiben in Kraft.

§ 7.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 17. Februar 1919.

Reichsamt f. d. wirtschaftliche Demobilmachung.
gez. Koeth.

Ausgabe neuer Grudebezugsscheine.

1. In der Zeit vom 19.—30. März d. Js. werden in den zuständigen Markenausgabestellen an dem für die Ausgabe der Brotmarken festgesetzten Tage neue Grudebezugsscheine ausgegeben. 2. Der Stamm (mittlerer Teil) des Grudebezugsscheines Nr. 10 gilt als Ausweis zur Empfangnahme des Bezugsscheines Nr. 11. Der Lebensmittelschein ist gleichfalls vorzulegen. 3. Für die Zeit vom 24. März bis 20. April d. Js. gelten vom Bezugsschein Nr. 11 die Abschnitte Nr. 1—8. Die Abschnitte vom Bezugsschein Nr. 10 verlieren mit dem 23. März ihre Gültigkeit. 4. Die Händler sind verpflichtet, an jedem Montag die Abschnitte, auf welche in der vorhergehenden Woche Grude geliefert worden ist, an die Ortskohlenstelle abzugeben. 5. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen unterliegen den in der Bekanntmachung vom 12. April 1918 enthaltenen Strafbestimmungen.

Halle, den 19. März 1919. Der Magistrat.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Fleisch- und Wurstkonserven und Roßschlackwurst (Sonderverteilung) in der Talamtschule, am Sonnabend, den 22. März 1919. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 38 001—42 000 vormittags von 8—10 Uhr und die Inhaber der Nummern 42 001 bis 46 000 vormittags von 10—1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes kann ¼ Pfund Roßschlackwurst zum Preise von 2 Mk. für ¼ Pfund abgegeben werden. An Stelle von Roßschlackwurst können Haushalte mit 1—2 Personen eine Einhalbpfunddose Rot- oder Leber-Roßwurst zum Preise von 2 Mk., Haushalte mit drei bis 4 Personen eine Dose Fleisch- oder Wurstkonserven, Haushalte mit 5—8 Personen zwei Dosen Fleisch- oder Wurstkonserven und Haushalte über 8 Personen drei Dosen Fleisch- oder Wurstkonserven zum Preise von 6 Mk. für die Einpfunddose entnehmen. Diejenigen Haushalte, welche bei Sonderbelieferungen (Brot, Wurst usw.) schon berücksichtigt sind, haben bei dieser Verteilung keinen Anspruch auf Belieferung. — Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Sonnabend, den 22. März 1919, auf den Abschnitt 10 für die eingetragenen Kunden bei dem Molkereibesitzer Scharfe, Rudolf Haymstr. 36 und in der Verkaufsstelle der Niemberger Molkerei, Rannischestr. 20/21. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis 25. März 1919 abzuliefern.

Walhalla-Operetten-Theater.
¾7. Ende ½10
„Die Faschingsfee.“
Sonntag ½4 z. letzten Mal
Frau Holle
Kl. Pr. Kinder halbe Pr.
Kasse 10—1½, u. 4—6

Stadt-Theater
Sonnabend, d. 22. März 1919
Anfang 5. Ende 8¾ Uhr:
Lohengrin
Oper von Richard Wagner
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Die spanische Fliege.
Sonntag abend 6 Uhr:
Der Barbier v. Sevilla.

U.T
Alte Promenade 11a. Fernruf 5738.
Leipzigerstr. 88. Fernruf 1224.

Keimendes Leben
2. Teil.
Erste Folge des mit grösstem Erfolg aufgeführten Kulturdokuments
von
Dr. Paul Meissner
und
Georg Jacoby
6 Akte.
Sensationelle Schilderungen aus dem Gesellschafts- u. Theaterleben
mit
Hanna Ralph, Jannings, Junkermann.
Vorführ. 3.00 5.00 7.00.

Traumgift
Folgen d. Opium-Lasters.
Die Geschichte eines Abenteurers in 3 Abtlg.
Hauptrolle
Ingeborg-Spangsfeld
Anton de Verdier.
Vorführ. 4.00 6.00. 8.00.

Viggo Larsen
in einer seiner Glanzleistung. in der Komödie
Einbrecher wider Willen
4 Akte.
Vorführ. 3.10. 5.00. 7.10.

Meßter-Woche
Nr. 9.

Beginn 3 Uhr.

Neue Senta-Schreibmaschinen, neue Kappel-Schreibmaschinen, Rechenmaschine Lipsia, Büromöbel, Kohlepapier und Farbbänder
stets auf Lager 2473
Werner Löwenstein & Sohn,
Magdeburgerstrasse 63. Telefon 6776.

Schluss der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr.

Fleischhack-Maschinen
gutes Fabrikat sehr billig.
C. F. Ritter,
Leipziger Strasse 90.
2559

Deutsch,
Briefwechsel,
Rechnen,
Buchführung,
Kurzschrift,
Schön- u. Maschinenschreiben
lehren 2526
Fr. Wehmer & Sohn,
Poststraße 1.

Reparaturen an Uhren
übernimmt bei solider Ausführung zu normalen Preisen
Kurt Unger, Uhrmacher,
Kl. Klausstr. 18 (dicht a. Markt), und Gr. Steinstr. 35 (gegenüber Boulevard). 2006

Auf zur Arbeiterrats-Wahl im Amtsbezirk Ammendorf!

(Ammendorf, Radewell, Osendorf, Burg i. A. und Planena).

Sonntag, 23. März, von 10 Uhr vorm. bis 3 Uhr nachm.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, männliche und weibliche Wähler

wählt im eigenen Interesse die Liste der

Alten sozialdemokratischen Partei

(Mehrheitssozialisten, Ebert-Scheidemann).

Auf ihr stehen folgende Namen:

1. **Habermann**, Alfred, Schlossermeister, Ammendorf.
2. **Hißel**, Wilhelm, Werkmeister, Ammendorf.
3. **Kiesetz**, August, Lackierer, Ammendorf.
4. **Mehlmann** Hans, Lagerist, Ammendorf.
5. **Müller**, Emil Bergarbeiter, Radewell.
6. **Lorenz**, Otto, Werkmeister, Ammendorf.
7. **Borm**, Julius Maler, Ammendorf.
8. **Hansen** Foko, Former, Ammendorf.
9. **Nötzold**, Bruno, Obersteiger, Osendorf.
10. **Wagner**, Gustav Bahnarbeiter, Radewell.
11. **Böhme**, Paul, Unterbahnassistent, Ammendorf.
12. **Lentsch**, Richard, Schlossermeister, Ammendorf.
13. **Hoyer**, Fritz, Postschaffner, Radewell.
14. **Heide**, Otto, Straßenbahnschaffner, Ammendorf.
15. **Krause**, Oswald, Handlungsgehilfe, Ammendorf
16. **Krause**, Franz, Sattler, Ammendorf.
17. **Mutzka**, Franz, Lackierer, Ammendorf.
18. **Schlegel**, Hermann, Formermeister, Ammendorf.
19. **Groß**, Hermann, Kaufmann, Ammendorf.
20. **Miskowski**, Valentin, Stellmacher, Ammendorf.
21. **Gores**, Diedrich, Gemeindesekretär, Ammendorf.
22. **Schröder**, Martin, Lehrer, Radewell.
23. **Ronneberger**, Otto, Stellmacher, Ammendorf.
24. **Wagner**, Hermann, Sattler, Ammendorf.
25. **Mutzka**, Margarete Ehefrau, Ammendorf.
26. **Nielius**, Hermann, Stellmacher, Ammendorf.
27. **Müller**, Karl, Tischler, Ammendorf.
28. **Götz**, Emil, Anreißer, Ammendorf.
29. **Leupold**, Karl, Arbeiter, Radewell.
30. **Hellwing**, Heinrich, Kernmacher, Ammendorf.

Ausweis beim Arbeitgeber und Wahllokal beachten. 2544

Vereinigung der Angestellten des Mitteldeutschen Bergbaues, Halle.

Unsere Mitglieder werden hierdurch zu unserer
ersten ordentlichen Hauptversammlung
am Sonnabend, den 22. März 1919, nachmittags 3 Uhr nach
Halle (Saale), Saalschloßbrauerei,
eingeladen.

Tagesordnung.
1. Bericht über die Tätigkeit der Vereinigung seit ihrer Begründung.
2. Beratung und Annahme der Satzung.
3. Entlastung des Vorstandes und des Ausschusses.
4. Wahl von zwei Rechnungsprüfern.
5. Bestimmung von Ort und Tag der nächsten Hauptversammlung.
6. Verschiedenes.

Um allseitiges Erscheinen wird dringend gebeten. Nichtmitglieder haben keinen Zutritt.

Der Vorstand: Dr. ing. Herwegen. — Der Geschäftsführer: Dr. jur. Stein.
2458

Schreibmaschinen-Reparaturen.
Reparaturen an Schreibmaschinen sämtlicher Systeme 2474
werden sofort unter Garantie in eigener Werkstatt ausgeführt.
Werner Löwenstein & Sohn,
Magdeburgerstr. 63. Tel. 6776.

Seidenstoffe, nur gute, feste Ware, einfach und doppelt breit, einfarbig und gemustert, viele schöne Farben . . . . . von 14⁹⁵ per Meter an
Batiste, 70/90 cm breit, hell- u. dunkelfarbig . . . 14⁹⁵ per Meter
Weisse Waschstoffe, doppelt breit, bestickte Voiles und Batiste, nur prima Qualitäten . . . . . . 24⁵⁰ per Meter
Damenhemden in eleganter Ausführung per Stück 24⁷⁵ Mark.
Damenbeinkleider in eleganter Ausführung per Stück 22⁹⁵ Mark.
Untertaillen aus Ia. Stoffen mit Stickereien. per Stück 11⁷⁵ Mark.
Wäsche-Stickereien
auf guten Madapolame- u. Batist-Stoffen zu vorteilh. Preisen.
Schneiderei-Artikel,
Bänder, Besätze, Knöpfe, Nadeln, Rüschen, Kragen.
Partiewaren-Lager, Gr. Ulrichstr. 25.

Kesselschmiede
für dauernde Arbeit sofort gesucht. 2510
Hallesche Maschinenfabrik und Eisengiesserei.

Apollo-Theater
Anfang ¾7, Ende 9,15
„Die schöne Kubanerin“
Operette in 3 Akten
von Max Gabriel.
Sonntag, nachm. 2½ Uhr
bei kleinen Preisen:
„Polnische Wirtschaft.“
Vorverk. 9-1 u. ½5—6.

Reform-Haarpflege
Kopf-, Massagen, Lichtbäder, Strahlungen, Galvanisieren, auch nach ärztlicher Verordnung für Krankenkassenmitglieder. Sprechz. 10—7. 2423
Haar-Praxis „Fara“
jetzt nur Gr. Ulrichstr. 47 I.
Telephon 5843.

50 gebr. Drehbänke
in verschiedenen Größen verkauft 2385
Ernst Karius,
Inh. Th. Schaaf,
Germarstr 2. Tel. 1281.

Zivilmäntel
(neu), aus gutem feldgr. Stoff, werden gegen gut erhaltene Einheitsmäntel eingetauscht. 2510
1. Landesjäger-Komp.
Franckesche Stiftungen.

Feuerfeste
Schmortöpfe
sehr billig. 2559
C. F. Ritter,
Leipziger Strasse 90.

Schultornister
für Knaben u. Mädchen
Büchertaschen
Schiefertafeln
Schieferkasten
Brottaschen
Griffel-Wetzen
empfiehlt billigst 2545
Albin Hentze
24 Schmeerstr. 24.

Steckzwiebeln
bis Walnußgröße
Zwiebelsamen
Zittauer gelbe Riesen
sucht zu kaufen
Max Krug,
Samenhandlung
Talamtstraße 3
(Am Hallmarkt).
2531

Stellen finden

Sohn achtbarer Eltern kann sich als 2546
Glaser und Tischler ausbilden.
Hohes Kostgeld wird vergütet.
Näheres bei
W. Granke, Ankerstraße 15.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190321-13/fragment/page=0004